



+++ Veranstaltungstipp +++

### Rechtsterrorismus in Deutschland

Die Verbrechen der NSU-Terrorzelle haben uns entsetzt und gleichzeitig viele Fragen aufgeworfen: Warum haben die Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung offensichtlich versagt? Waren alle auf dem „rechten Auge“ blind? Und vor allem: Welche Schlüsse ziehen wir aus den Vorkommnissen? Über diese Fragen spreche ich zusammen mit Sebastian Edathy, dem Vorsitzenden des 2. Untersuchungsausschusses „Terrorgruppe NSU“, Hülya Lehr von der AG „Migration und Vielfalt“ und Sascha Schmidt vom Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. **am 22. Mai um 17:30 Uhr im Karolinensaal des Hessischen Staatsarchivs in Darmstadt.**

Ich würde mich freuen, auch Sie an diesem Abend begrüßen zu dürfen und lade Sie herzlich ein. Der Eintritt ist frei.

# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

15. Mai 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Peer Steinbrück hat Anfang dieser Woche die ersten drei Köpfe seines Kompetenzteams vorgestellt. Sie verkörpern das breite gesellschaftliche Bündnis zwischen organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, liberalem Bürgertum und kreativen Intellektuellen, das die SPD erneuern will:

Mit **Klaus Wiese** einen gestandenen Gewerkschafter, der die Politik der SPD kritisch begleitet hat, der aber immer mit uns überzeugt war und ist, dass es die Sozialdemokratie braucht, um Fehlentwicklungen und Missbrauch am Arbeitsmarkt zu korrigieren und Gerechtigkeit durchzusetzen.

Mit **Gesche Joost** eine junge Netzexpertin, die den vom Internet getriebenen, fundamentalen Umbruch in Gesellschaft und Wirtschaft versteht, eine offensive und innovative Netzpolitik vertritt und mit uns soziale und demokratische Konzepte für die digitale Moderne in Deutschland entwickelt und umsetzt.

Mit **Thomas Oppermann** einen profilierten Innen- und Rechtspolitiker, der für eine Politik gegen Neonazis steht und die Integration vorantreibt, auch indem er die doppelte Staatsbürgerschaft zulassen will. Er wird gegen das Recht des Stärkeren die Stärken des Rechts wieder zur Geltung bringen.

Wer das Kabinett Merkel nach vier Jahren einem Fakten-Check unterzieht, der erkennt eine simulierte Regierung. Klientelpolitik und Steuerprivilegien zu Beginn mit der Mövenpick-Steuer, Ämterpatronage jetzt im Innen- und im Entwicklungsministerium. Nichts wird zuwege gebracht, mit Ankündigungen und Inszenierungen werden die Medien bedient, statt drängende Probleme zu lösen. Kritiker sagen: Das ist Politik in der Postdemokratie – Simulation und Illusion als Methode Merkel. Ich sage: So legen sie Deutschland lahm, so zerstören sie Vertrauen und hinterlassen eine zukunftsvergessene, eine blockierte Republik.

Euse / Ihre Brigitte Zypries



### Der „vorwärts“ als mobile App

Schon seit 137 Jahren gibt es den vorwärts, die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie. Bei seiner Gründung galt der „vorwärts“ noch als Sprachrohr der Partei, mittlerweile schreiben dort auch viele externe Autorinnen und Autoren.

Mitglieder der SPD erhalten die gedruckte Ausgabe kostenfrei zugeschickt. Der „vorwärts“ kann jedoch auch am Kiosk erworben werden.

Seit einiger Zeit gibt für gängige Smartphones und Tablets auch eine digitale Ausgabe der Zeitschrift. Mit der „vorwärts-App“ kann man die letzten Ausgaben für 89 Cent erwerben oder sich als Parteimitglied mithilfe der Mitgliedsnummer einloggen und weiterhin kostenfrei lesen. Mehr zur „vorwärts-App“ finden Sie hier: <http://www.vorwaerts.de/68674/app.html>

## Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen – weil Heimat mehr ist als ein Ort

1999 ist das **Staatsangehörigkeitsrecht** modernisiert worden. Die damalige Bundestagsmehrheit aus SPD und GRÜNEN wollte das Staatsangehörigkeitsrecht so ändern, dass hier geborene Kinder ausländischer Eltern nach dem „Geburtsortprinzip“ zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen sollten. Aber Sie erinnern sich vielleicht, was dann passierte: Roland Koch hat in Hessen die Landtagswahl gewonnen und die rot-grüne Bundesregierung hatte im Bundesrat keine Mehrheit mehr. Der Entwurf konnte sich gegen die konservative Mehrheit im Bundesrat nicht durchsetzen. Die jetzige Regelung, das „Optionsmodell“ war dann ein Kompromiss, der aus dieser Situation heraus im Vermittlungsausschuss geschlossen wurde.

Das **Optionsmodell** sieht vor, dass das Kind sich mit Eintritt in die Volljährigkeit zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit seiner Eltern entscheiden – also „optieren“ – muss. Hat es sich bis zu seinem 23. Lebensjahr nicht entschieden oder ist der Prozess bis dahin nicht abgeschlossen, so geht ihm die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verloren. Und das ist doch absurd: **Ausgerechnet junge Menschen, die die hier geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, die hier auch weiterhin bleiben möchten, die jahrelang mit zwei Staatsangehörigkeiten gelebt haben, werden nun plötzlich gezwungen, sich für eine der Staatsangehörigkeiten zu entscheiden.** Und so mit der Volljährigkeit womöglich wieder zu Ausländern gemacht. Das kann niemand ernsthaft wollen.

**Ich bin für die doppelte Staatsbürgerschaft. Nicht nur für junge Menschen, die hier geboren sind, sondern auch für alle, die eingebürgert werden.** Denn wir alle wissen, dass Heimat mehr ist als ein Ort. Und Heimat kann natürlich auch mehr als *ein* Ort sein. Die SPD-Fraktion hat schon 2010 einen [Gesetzentwurf](#) vorgelegt, der doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen und den Optionszwang abschaffen sollte. Er wurde im November 2011 im Bundestag leider abgelehnt.

Am **Freitagvormittag** wird nun ein weiterer [Antrag](#) der SPD – den wir schon im Jahr 2011 auf den Weg gebracht hatten – zusammen mit Initiativen der anderen Oppositionsparteien im Plenum diskutiert.

An den bestehenden Mehrheiten hat sich inzwischen nichts geändert – aber ich hoffe, dass die nächste Wahl so ausgeht, dass wir das Problem endlich aus der Welt schaffen können. **Denn doppelte Staatsbürgerschaft ist bereits jetzt Realität und macht in der Praxis keine Probleme. Im Gegenteil: Sie ist Ausdruck vielfältiger kultureller Identitäten in einer globalisierten Welt.**



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Abbildungen:  
 S. 2: *Roman Laas*  
 S. 3: *Hannes Nonhebel*

## Exorbitante Managergehälter begrenzen

Vor 25 Jahren bekam der Vorstand eines DAX-Unternehmens ungefähr das 14-Fache eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers. Das klingt nach einer Menge Geld. Heute allerdings ist es mehr als das 70-Fache, in Einzelfällen bei Vorstandsvorsitzenden mehr als das 300- bis 400-Fache. Bei solchen Gehältern ist tatsächlich kein sinnvoller Zusammenhang zwischen Leistung und Bezahlung mehr erkennbar.

**In der letzten Woche hat die Bundesregierung auf den massiven öffentlichen Druck reagiert und im Kabinett eine Begrenzung der Managergehälter beschlossen. Das klingt nach einer guten Nachricht. Leider ist der Vorschlag aber nur eine scheinbare Lösung.**

Die Bundesregierung plant, die **Bezüge der Manager von der Aktionärsversammlung festlegen zu lassen**. Der Haken an der Sache: In Aktionärsversammlungen haben institutionelle Anleger, Banken und große Fonds, das Sagen. **In den Hauptversammlungen haben also in aller Regel diejenigen die Mehrheit, die das bestehende Boni-System gar nicht unbedingt ändern wollen!**

Dazu kommt: In Deutschland ist für Kapitalgesellschaften mit mehr als 500 Mitarbeitern eine Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat zwingend. Wenn nun die Entscheidung über Vergütungen vom Aufsichtsrat in die Hauptversammlung verlagert wird, wird die **Mitbestimmung der Arbeitnehmer untergraben**. Das finde ich nicht richtig.

**Die SPD hat einen Antrag mit eigenen Vorschlägen vorgelegt**, der am Donnerstag in den Bundestag eingebracht werden wird. Wir wollen, dass Managervergütungen so gestaltet werden, dass kurzfristige und risikoreiche Entscheidungen im Unternehmen finanziell unattraktiv werden und dass die Vergütungen stattdessen zu nachhaltiger Unternehmensführung motivieren. Sie sollten von der Beschäftigtenseite mitgetragen werden und in der Höhe angemessen und transparent sein.

Dafür wollen wir eine **Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen Arbeitnehmereinkommen und Vorstandsvergütung** im Unternehmen festgelegt und veröffentlicht wissen. **Bei schlechter Unternehmenslage soll der Aufsichtsrat verpflichtet werden, die Managergehälter herabzusetzen**. Und wir wollen die **steuerliche Absetzbarkeit der Managergehälter deckeln: Nur noch Bezüge bis 500.000 Euro pro Jahr und Vorstandsmitglied sollen als Betriebsausgaben abziehbar sein**. Was darüber hinausgeht, soll nur noch zur Hälfte abziehbar sein. Das wäre eine wirksame Maßnahme – anders als der Vorschlag der Bundeskanzlerin.